

Medienmitteilung vom 15. April 2009

Grüne machen Druck von unten mit der Lancierung von BERN erneuerbar

Die Grünen Kanton Bern haben heute die Initiative BERN erneuerbar lanciert. Darin fordern sie, dass in der Kantonsverfassung der Grundsatz festgeschrieben wird, dass der Kanton mit erneuerbaren Energien versorgt werden soll. Unterstützt wird die Initiative von den jungen grünen, von Greenpeace Regionalgruppe Bern, von „Nie Wieder Atomkraftwerke Bern“ (NWA), der Jungen Alternative JA! und dem VCS Kanton Bern.

Im Kanton Bern ist in energiepolitischer Hinsicht zu lange zu wenig gelaufen. Statt die Chancen von erneuerbaren Energien und von Energieeffizienz zu nutzen hat der Grosse Rat mit seiner Verzögerungstaktik während Jahren Fortschritte verunmöglicht und dazu beigetragen, dass der Kanton Bern ins Hintertreffen geraten ist. Jetzt braucht es endlich einen grossen Schritt nach vorne. Die Initiative BERN erneuerbar ermöglicht diesen Schritt. Die Berner Bevölkerung soll ausdrücken können, dass sie eine fortschrittliche Energiezukunft will.

Vor kurzem hat der Regierungsrat eine wegweisende Energiestrategie und einen fortschrittlichen Entwurf eines Energiegesetzes vorgelegt. Die Vernehmlassungsantworten der bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände zeigen indes, dass die Vorlage im Grossen Rat einen schweren Stand haben wird. Auch deshalb braucht es die Initiative BERN erneuerbar.

Effizientsteigerung und Förderung von erneuerbarer Energie

Wie Rita Haudenschild, Grossrätin der Grünen, an einer Medienkonferenz ausführte, soll auf Verfassungsstufe die Förderung von erneuerbaren Energien im Kanton verbindlich festgesetzt werden. Die Initiative hat grundsätzlich zwei Ziele: Die Energieversorgung soll auf der Basis von erneuerbarer Energie erfolgen, gleichzeitig soll der Verbrauch durch eine bessere Energieeffizienz gesenkt werden.

Edith Siegenthaler von NWA Bern zeigte auf, dass die Ziele der Initiative realistisch sind. Alleine die Ausstattung aller Best- und Gut-Dächern im Kanton mit Photovoltaik würden Solarstrom liefern, die der Menge des Stroms aus dem AKW-Mühleberg entsprechen würde. Als weiteren grossen Einsparposten nannte sie die Vorschrift, nur noch Bestgeräte zum Verkauf zuzulassen und Elektroheizungen und -boiler zu verbieten.

Auf den wirtschaftlichen Aspekt der Initiative ging Philipp Zimmermann von den jungen grünen ein. Er zeigte auf, welchen Nachholbedarf die Schweiz – und damit auch der Kanton Bern – im Vergleich zum Ausland hat. Das Potenzial für zusätzliche Solaranlagen ist riesig, davon profitieren könnten Gewerbe, mittelständische Betriebe, Industrien und Bauern.

Gute Beispiele existieren schon

Mit einer Reihe von konkreten, schon funktionierenden Beispielen zeigte Thomas Mathis von der Greenpeace Regionalgruppe Bern auf, dass die Stromzukunft atomfrei gestaltet werden kann, wenn denn der Wille zur Umsetzung vorhandener Technologien vorhanden ist. Stromsparcontracting, wie es vom Elektrizitätswerk Zürich bereits erfolgreich betrieben wird, sei in Bern leider noch nicht als lukratives Geschäftsfeld erkannt worden. Als weitere wegweisende Beispiele nannte er die Trinkwasserturbinen in Interlaken, die Strom für 2000 energieeffiziente Haushalte produzieren oder das Fernheizkraftwerk Meiringen, das 400 Haushalte mit Strom und noch mehr mit Wärme beliefert und dabei den Rohstoff Holz aus der Region bezieht und die Wertschöpfung in der Region belässt.

Für weitere Auskünfte:

Rita Haudenschild, Grossrätin Grüne Kanton Bern, 078 623 18 23

Edith Siegenthaler, Nie Wieder Atomkraftwerke Bern (NWA), 077 405 34 21

Philipp Zimmermann, junge grüne bern, 079 241 27 44

Thomas Mathis, Greenpeace Regionalgruppe Bern, 079 288 75 61

Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68

Unterlagen:

- Redebeitrag Rita Haudenschild
- Redebeitrag Edith Siegenthaler
- Redebeitrag Philipp Zimmermann
- Redebeitrag Thomas Mathis
- Argumentarium